



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KU/251 - 30. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-23

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Israels Vorstoß nach Ägypten	S. 1
Amerike und die Krisen in Polen und Ungarn	S. 3
Folgen Ugarstürzter Aufrüstung/Bericht aus Kiel	S. 5
Nachwort zu den Kommunalwahlen	S. 6

## Alarm in Nahen Osten

sp. Der Weltfriedensrat wird heute in New York zu dem neuen israelisch-ägyptischen Zusammenstoß Stellung nehmen. Es ist der schwerste seit dem Abschluss des Waffenstillstandes vor acht Jahren, obwohl die Ruhe an dieser Grenze für einen längeren Zeitraum nie ganz hergestellt werden konnte, so wenig wie an den Grenzen Israels mit Jordanien und Syrien. Die Gefahr, dies aus einem hier nur schon zu böser Tradition gewordenen Vergeltungsüberfälle ein regelrechter Krieg im Nahen Osten werden könnte, steht als unmittelbare Dröhung vor uns. Niemand weist auch, auf welchen Raum ein solcher offenkundig beschränkt bleibt.

Es wird Sache des Weltfriedensrates sein, die Schuldfrage zu klären. Der israelische Botschafter in Washington hat als Grund für den Vorstoß von Einheiten seines Landes auf ägyptisches Gebiet allein die Befürchtung eines Angriffs von ägyptischer Seite gegen Israel angeführt. Aber mit solchen Behauptungen, wenn sie nicht exakt bewiesen oder beweisbar sind, lassen sich fast jede Aggression rechtfertigen. Die Geschichte des Weltkrieges und der Zeit danach liefert dafür Beispiele genug. In diesem Fall liegen solche Beweise aber offenbar noch nicht vor.

Die Situation Israels mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern - was der Einwohnerzahl Neubergs entspricht - inmitten einer feindlichen Welt ist sicher so beengt und gefährvoll wie die kaum eines anderen Staates. Eine nicht ablassende Kette von beiderseitigen Provokationen und lokalen Überfällen, die oft schwere Opfer forderten, und die Lei-

Menschen bis zum Siedepunkt erhitzten, erschwern, wenn man die Entwicklung als Ganzes im Auge faßt, einen klaren Urteilspruch über Schuld und Nichtschuld bis zur Unmöglichkeit. Man muss sich erinnern, wie viele wohlüberlegte und von neutralen Männern bestellte Militärsuntersuchungen an Ort und Stelle stattgefunden haben, ohne dass es gelang, diese ständige Gefahr aus der Welt zu schaffen.

Die letzte Phase dieser latenten Kriegsgefahr ist durch die Schaffung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos von Ägypten, Syrien und Jordanien gekennzeichnet, auf die Israel zunächst mit einer Teilmobilisierung geantwortet hat. Von Israel ging dann noch der weitere Schritt aus, die Kampfanordnungen selbst mit einem zügigen Einmarsch in ägyptisches Gebiet in Richtung auf den Sueskanal zu eröffnen. Die drei genannten arabischen Staaten sind durch ein Abkommen miteinander verbunden, und ihre Absicht, sich zusätzlich militärisch enger zusammenzuschließen, mag von Israel mit guten Gründen als eine schwere Herausforderung angesehen werden. Darauf mit dem Einmarsch in Ägypten zu antworten, wird aber vielen als eine Methode erscheinen, mit der man über das Ziel hinausschießt, und mit der man sich nur selbst ins Unrecht setzt.

So kann es nicht wundernehmen, wenn Vermutungen auftauchen, die Regierung von Israel habe die Gunst der Stunde einer weitgehenden Involvement der Grossmächte - der Sowjetunion in Osteuropa, Frankreichs in Nordafrika, Grossbritannien durch die schwebende Suez-Frage und der USA durch ihre Bindungen an ihre westlichen Partner - nutzen wollen, um durch eine überraschende militärische Demonstration ihre arabischen Gegner vor weiteren Unversonnenheiten und der Fortsetzung von einzelnen Terror-akten zu warnen.

Solche Überlegung wäre aber, sollte sie wirklich bestimmt mitgesprochen haben, ziemlich kurzfristig. Ägyptische Einheiten haben inzwischen den Suez-Kanal in östlicher Richtung überschritten. Die Westmächte stehen in ständiger enger Beratung über Massnahmen, die unter allen Umständen den Frieden sicherstellen sollen. Sie würden sich dabei auf einen Vertrag aus dem Jahre 1950 stützen, in welchem sie sich verpflichtet haben, "dem Opfer einer Aggression im Nahen Osten beizustehen." Dieses Opfer würde, zumindest wie sich die Lage im Augenblick darstellt, Ägypten sein, der Widersacher der Westmächte in der Suez-Frage. Dieser Zustand kann schliesslich, wie verworren, ja wie paradox die Situation ist. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass von den drei Westmächten nur Grossbritannien Streitkräfte im Nahen Osten oder in seiner Randzone unterhält.

Es besteht Kriegsgefahr im Nahen Osten, aber wenn man hoffen kann, dass das schwebende Feuer noch abgeblasen wird. Eine arabische Welle in diesen Augenblick besonders verhängnisvoll. Aber es stimmt doch bedenklich, wenn ein so ruhig urteilendes Blatt wie die Londoner "Times" am Dienstag schrieb: "Osteuropa und Nordafrika sind in diesen Augenblick am Kochen. Es wäre falsch zu argumentieren, die Aufmerksamkeit sei jetzt so stark abgelenkt, dass im Nahen Osten Parteien völlig isoliert einen Krieg austragen könnten. Das Wahrscheinlichste wäre, dass alle Brände zusammenfliessen und wackeln." Innerlich mag diese Feststellung mehr als Ironie denn eine Voraussage zu werten sein.

Bestätigter Kennen

H.S., New York, Ende Oktober

Viele Amerikaner in leitenden Positionen zeigen heute imgeheim George Kennan, ehemaligen amerikanischen Botschafter in Moskau und einen der scharfsinnigsten Beobachter der Weltpolitik, die es in Amerika gibt, dafür an Verzweiflung bitten, dass sie ihn jahrelang verachtet und seine Ansichten über die Satellitenart eben als "elitäre" unachtfame eines Bücherwurms abgetan haben. Kennan hat nämlich in Wort und Schrift seit dem Tode Stalins auf die Abglikkeit oder gar Wahrscheinlichkeit hingewiesen, dass dem kommunistischen Machtblock eine Periode der "Desintegration", des allmählichen Zerfallens und Auseinanderfallens, bevorstehen dürfte, - eine Prophezeiung, die sich (etwa mit dramatischer Arassheit bestätigt.

Kennans Ausführungen richteten sich primär gegen eine in Amerika weit verbreitete Ansicht (deren hervorragendster Vertreter der bekannte republikanische Senator Knowland ist), dass alle kommunistischen Agierungen in Bausch und Bogen gleichmäßig zu verdammen seien und z.B. eine differenzierte und nuancierte Behandlung Titos oder Rot-Chinas nicht gerechtfertigt sei. Kennans Antwort verliand, dass moralisch das zwar zutreffen möge, politisch aber grundfalsch und dumm sei: Aufgabe einer intelligenten westlichen Politik müsse sein, latente Gegensätze innerhalb des kommunistischen Blockes zu vertiefen und nicht dazu beizutragen, dass sie überflücht und ausgegerrt werden. Man hat sich also sehr drastisch herausgestellt, dass die Gegensätze offen austreten, auch ohne dass eine intelligente westliche Politik ihr Scharfsein dazu beitrug. Vielleicht ist also heute der Gedanke erlaubt, dass, wenn Dulles und seine Freunde aristischer und intelligenter operiert hätten, die Lage der Satellitenstaaten heute schon sehr viel besser und erfreulicher wäre.

Aber mit solchen Erwägungen kommt man in der gegenwärtigen Situation nicht recht weiter. Ganz allger ein hat man in Amerika naturgemäß die Entwicklung in Polen und Ungarn begrüßt. Die politische Analyse hinkt jedoch notwendigerweise hinter so Ereignissen, die sich in schneller Folge überstürzen, nach. Amerika zögert noch Parallelen zum sprach Titos mit Moskau zu ziehen und zu prüfen, ob nicht die neue Form des "nationalen Kommunismus" auf die Dauer über die westliche Welt ein gefährlicher Gegner sein kann als die alte zentrale Moskauer Diktatur Stalins.

Gefahren des nationalen Kommunismus

Denn eine solche Möglichkeit besetzt alle kommunistische Parteien als willenloses Werkzeug Moskaus sind heute aus der ganzen Welt diffamiert, - aber selbständige, kodenständige, raschene, unabhängig-nationale kommunistische Parteien und Regierungen können eine neue Anziehungskraft aufschwankende Völker oder Individuen weiten. Vor allem seit ihrer direkten Intervention in Ungarn hat die Sowjetunion in den "neutralen" Ländern Asiens unendlich viele Sympathien eingeholt. Aber vielleicht trägt den Gewinn davon nicht die Block die westlicher Prägung, sondern der "nationale" Kommunismus Titos oder Choukias davon. Einige weitblickende amerikanische Journalisten haben auf diese Abglikheit bereits hingewiesen, die unsse klare besteht, dass so viele westliche Kommunisten offiziell zugunsten von Choukias Stalins genommen

und sich mit ihm solidarisch erklärt haben. Die amerikanische Regierung schließlich hat zu dieser Problematik noch nicht Stellung bezogen, sie hat erklärt, dass Polen wertvolle amerikanische Wirtschaftshilfe empfangen könnte, wobei Dulles sogar erklärt hat, solche Hilfe würde nicht davon abhängig gemacht werden, dass die betreffenden Länder "eine bestimmte Gesellschaftsform annehmen."

Weniger kalt und unpersönlich hat Amerika auf die eintägigen Unruhen in Ungarn reagiert. Die tragische Zwischenzeit, das Time Magazine, den Kommunisten, als (wohl vorübergehenden) Vertrauensmann eines antikommunistischen Volkes an die Macht brachte, hat allerdings die vielfältige Problematik der ganzen ungarischen Krise deutlich gemacht. Während in den Straßen New Yorks öffentliche Demonstrationen zugunsten der ungarischen Freiheitskämpfer stattfanden, und umfangreiche Hilfssammlungen veranstaltet werden, war auch die amerikanische Regierung, allerdings mehr auf Betreiben Frankreichs und Englands denn aus eigener Antrieb, mit diesen beiden Staaten zusammen einen Vorstoß in Sicherheitsrat der "Vereinten Nationen", der die Sowjetunion der militärischen Intervention in einem fremden Lande, der Verletzung der Menschenrechte und der Schaffung einer "Lage, die den öffentlichen Frieden" bedroht, bezichtigen sollte. Da Ungarn jetzt Mitglied der Ostorganisation ist und eine eigene diplomatische Vertretung bei ihr besitzt, entstand eine recht heikle Situation.

#### Folgen für die Sowjetunion, Folgen für Deutschland

Auf der anderen Seite wächst die Zahl derjenigen, die meinen, dass Chruschtschows Tage an der Macht gewöhlt seien und vermutlich mit dem Aufstieg der "Drei M", Nikoyan, Bulganin und Polozov, zu bestehen sei. Ein anderer Gedanke, der heute diskutiert wird, betrifft das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands im Licht der neuen Entwicklungen in Osteuropa. Der bekannte Historiker Walter Lippmann schritt diese Frage als erster an und erklärte seine Hoffnung, dass ein "Großes Apollo" eines Tages entstehen könnte, d.h. eine Ost-Orientierung der Bundesrepublik, ihre Einigung mit Moskau über die Wiedervereinigungsfrage und dabei einer "Opferung" Polens, die gleichsam die Zeche Chruschtschows zahlen müsste.

Es ist in Augenblick unvorstellbar, was man anstreben zu einer solchen Entwicklung sehen soll, schließlich ist ja die Berliner Regierung der Vore die einzige unter den Satellitenregierungen, die (aus weitestgehenden Gründen, weil sie sich auf keinen "nationalen" Kommunismus stützen kann) weiterhin treu zu Moskau hält und, nach der Ansicht vieler amerikanischer Beobachtungsorgane, eine Verteidigung von Interesse zu haben zu erwarten sei als eine enge Verbindung Bonn-Moskau. Aber dies sind wie bei allen anderen in Augenblick nur Spekulationen. Hochinteressant und interessant an ihnen ist nur, dass ihnen die Erwartung zugrunde liegt, die Erschütterungen im Satellitensystem könnten auf die Dauer die Politik der Bundesrepublik nicht unbeeinträchtigt lassen.

Wo alles ist, wo jede Stunde neue Überraschungen, neue Krisen und neuen Blutvergießen bringt, ist es schwer, eine solide und langfristige politische Voraussetzung zu machen. An innerer Anteilnahme, an leidenschaftlichen menschlichen Interessen an den Krisen in den Satellitenländern fehlt es den Amerikanern nicht. Eher bedauert man im Falle der klaren und mitreißenden politischen Parolen, die sich in solchen Zeitläuften aufdrängen müssten und die der führenden Weltmacht angemessen wären.

Moderne Ausbildung nicht möglich

von Hirschberg

In Verteidigungsausschuss des Bundestages ist der von der Bundesregierung beabsichtigte Kauf vereilter Kriegsflugzeuge kritisiert worden. Die Deutsche Bundesmarine darf bereits bereits, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur alte Kriegsschiffe.

Es handelt sich um Wasserst. kleine Bohrzeuge. Aus ihnen können die Matrosen nicht nach neuerer Westkonvention ausgebildet werden, weil dafür ganz einfach das Gerät fehlt. Weil aber nur wenige und Wasserst. kleine Schiffe vorhanden sind, ist in überhaufener Zeit auch nicht daran zu denken, dass ein grösserer Teil der Matrosen überhaupt eine Bordausbildung erhalten kann. Auch bei der Umrüstung wird der allgemeine Fehler der Ausrüstung sichtbar. Die Soldaten werden in grosser Zahl eingesetzt. Das geschieht jedoch viel zu früh, weil sie nicht ausgebildet werden können.

Die deutsche Bundesmarine verfügt über 43 Schiffe, die fast alle noch im letzten Krieg gebaut worden sind. Sie sind in ihrer Konstruktion auch bei den gleichen Typen massenproduziert worden. Sie wurden vor 10 Jahren des In- und Auslandes gebaut. Die Besatzung dieser Schiffe dürfte rund 1200 Mann betragen.

Es ist jedes Boot (U 201 - 206) des ersten U-Bootgeschwaders bei einer anderen Waffe hergestellt worden. Dabei handelt es sich noch um zwei verschiedene Typen. Davon sind wieder zwei Boote mit einer anderen Bewaffnung versehen worden. Der Erfahrungsbereich und die Geschwindigkeit der beiden Typen sind unterschiedlich. Es ist ohne weiteres klar, dass eine solche Ausstattung mit solchen Fahrzeugen nicht vorgenommen werden kann, da ein neuestes U-Bootgeschwader von 12 Schiffen hergestellt wurde.

Hauptsächlich ist die Situation von einem schnellen U-Bootgeschwader und dem ersten U-Bootgeschwader der Bundesmarine, die aus einem U-Bootgeschwader besteht und das zweite noch im U-Bootgeschwader der Bundesmarine beim NATO-Geschwader "Feldensdorf" unterstellt ist. Von den nunmehr 43 Kriegsschiffen erfüllen nur die fünf Schnellboote des ersten Schnellbootgeschwaders einigermaßen die Anforderungen, welche an ein modernes Kriegsgeschwader stellen muss. Aber trotzdem gibt es bei der ges-

den Deutschen Kriegsmarine keine hochmodernen Radrmittel oder spielfähige Raketenabwehrgeräte.

Das Schulbootgeschwader besteht aus in Kanada gebauten Lehrzeugen, die in deutschen Gewässern völlig inaktuell sind und den Anforderungen, die unsere Küstengebiete stellen, nicht entsprechen. Auch auf diesen, in Kanada gebauten Booten ist eine moderne Ausbildung im Hinblick auf die deutschen Küstengewässer einfach nicht möglich. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es besser gewesen wäre, wenn die vielen Schiffsstabsabteilungen erst dann aufgestellt worden wären, wenn es für sie auch die Möglichkeit einer modernen Ausbildung gegeben hätte; eine Ausbildung, die bei der komplizierten Maschinerie neuerer Kriegsschiffe am vorteilhaftesten von Berufssoldaten durchzuführen wäre.

#### Der Zukunft zugewandt

Der. Die Ablösung der Herr Adenauer durch eine den Deutschen Notwendigkeitengerechter werdende Politik wird ohne innerpolitische Erschütterungen und Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Staatsordnung erfolgen. Das ist die überragende und gewiss tröstliche Erkenntnis, die sich aus den so einheitlichen Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen ergibt. Die Bundesrepublik ist kein geeigneter Nährboden für das Wuchern von Extremen, es besteht kein Verlangen nach Wiederholung totalitärer Experimente. Linke- und Rechtsextremisten, die im Zusammenwirken der weimarer Demokratie ein unfruchtbares Land bereiten hätten, haben keine Zukunft.

Bei aller Schärfe der Gegensätze zwischen Regierung und Opposition, besonders sichtbar ausgeprägt in Lebensfragen der inneren und äußeren Politik, ist sich noch die Übergroße Mehrheit unseres Volkes darüber im klaren, die nur unaufhörliche Anpassung an neue Aufgaben sich demokratisch vollziehen zu lassen. Sie sieht im Spinnzettel eine wirkungsvollere Hilfe als es Gummiknüppel, Schlagringe und Stinkbomben sind. Die politische Auseinandersetzung wurde in den Endzwan-

niger und den Jahren darauf mit ihnen bestritten, heute entscheidet die Kraft der Argumente. Darin bekundet sich politische Reife. Es ist eine schlechte Zeit für Propheten der Gewalt und Anhänger eines Revolutionsertums. Sie bleiben in der Bevölkerung ohne Resonanz, eine Bestätigung, die nicht erst des Vorkats extremer Parteien bedarf.

Nest ein Jahr liegt noch vor den nächsten Bundestagswahlen, niemand kann so vernachlässigt sein, schon heute ihren Ausgang voraussagen zu wollen. Immerhin aber ergeben sich gewichtige und aufschlussreiche Indizien. Die Auseinandersetzung um den politischen Führungsanspruch in der Bundesrepublik wird, mehr noch als es 1953 der Fall war, zwischen der SPD und der CDU/CSU erfolgen. Die Kanzlerpartei befindet sich in hartbedrängter Verteidigung, ihr Selbstbewusstsein ist schwer angeschlagen, aus der zwölf-Millionen-Schar ihrer Anhänger erfolgten seit 1953 beträchtliche Abwanderungen, besonders in den protestantischen Gebieten.

Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen. Sie liegen nicht in dem Abnutzungs-Prozess, dem angeblich jede Regierung mit längerer Regierungsdauer unterworfen ist, eine oft wiederholte These, die sich aber ebenso oft mit praktischen Beispielen widerlegen lässt. Die unverkennbare Schwäche der CDU/CSU ist nach nicht auf ihre Führungsspitze, deren Alter und auf taktische Missgriffe zurückzuführen, obwohl das eine gewisse Rolle spielen mag. Das größte Handicap für diese einstmal so stolze Partei ist die Tatsache, dass sie heute keine befriedigende Antwort auf die Probleme der deutschen Politik elf Jahre nach dem Zusammenbruch weiset. Ihr fehlt der Blick in die Zukunft, ihr Weltbild orientiert sich an einer Wiederholung des Vergangenen - und dies auf allen Gebieten. Ihr fehlt sowohl das innere Verständnis für eine im Zeitalter der Automation sich verwandelnde Industriegesellschaft und für die durch den Zusammenbruch ausgelösten Umschichtungen in unsere Volkskörper. Ihre Vorstellungen über die Sozialreform, die ergriffen werden muss, wenn wir unser Volk auf der Höhe des Industriezeitalters halten wollen, erschöpfen sich in Stückwerken, ohne inneren Zusammenhang. Sie vermag auch nicht

30. 10. 1956

im Zusammenhang zu erkennen, der zwischen einer Lösung unserer drängendsten sozialen Fragen und der Wiedervereinigung besteht. Die Klärung auf ein solches Versagen kann nicht ausbleiben.

Der deutschen Sozialdemokratie ist dagegen die trotz der Opposition recht gut bekannte, wie mit klaren konkreten Alternativen aufzuweisen, sich entwickelte sich zu einer vorwärtsdringenden Kraft, die im Vertrauen wirkt und Vertrauen auch in wachsendem Maße erhält. Sie ist heute diejenige, die verhängnisvolle 53-Prozent-Grenze zu überwinden. Der größte Teil der deutschen Jugend sieht in dieser Partei seine politische Heimat, knüpft daran seine politischen Hoffnungen. Dass der Wauzustrom von Jungwählern wäre ein grosser Stimmenzuwachs - in Nordrhein-Westfalen allein 750 000 - nicht zu erklären.

Aber nicht allein die Jugend ist es, die die Stosskraft der Sozialdemokratie wahrnimmt. Die Partei eines August Bebel und Kurt Schumacher hat ihren Vorgesetzten und für sie so hinderlichen Rahmen gesprengt, das Tor wurde weit aufgestossen für den Zustrom neuer Bevölkerungsgeschlechter. Die in den vier ungeraden Jahren abgehaltenen Regierungen sozialdemokratischer Gröszen zu den grossen Fragen unseres Lebens haben die Ohr der Öffentlichkeit gefunden, hier wurde ein Mitleid und eine Gestaltungskraft gespürt, die alle Gebiete unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens umfasste. So fand der Münchener Parteitag mit seiner der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts angepassten Thesenstellung, eine mit ihrer die Bundesrepublik hinausgehende Resonanz. Hier trat eine Störung und Gelähmung zugabe, die wohl den Anspruch erheben darf, der Zukunft und nicht der Vergangenheit zugewandt zu sein. Das Ergebnis der Kommunistenwahl legt das berechtigte Zeugnis ab, dass solches Handeln nicht ohne weitreichende Wirkungen in der Bevölkerung geliebt ist.

+ + -

Verantwortlich: Peter Kuhnau